Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind.
Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Wann kippt die Konjunktur?**
   Nach Einschätzung der DIW-Expertin Claudia Kemfert kann der Preis für ein Liter Superbenzin durchaus auf zwei Euro steigen. Das wäre für David Milleker, Chefvolkswirt der Fondsgesellschaft Union Investment, nicht nur ärgerlich für den einzelnen, sondern ein echtes Konjunkturrisiko. Zwar habe es 2007 in einigen Branchen erstmals wieder ordentliche Tarifabschlüsse gegeben. "Diese wurden aber schon von der Erhöhung der Mehrwertsteuer und den gestiegenen Preisen für Öl und Lebensmittel aufgegessen." So lag die Teuerungsrate in den ersten drei Quartalen über dem Anstieg der Reallöhne. "Den Kaufkraftentzug durch höhere Energiekosten können wir uns daher eigentlich nicht leisten."
   Quelle: FR
2. **Wenig Lohn, wenig Rechte – Rückkehr der Lohnsklaverei in Deutschland**
   "Jeden Tag eine neue Filiale", so lautet das Motto des Textildiscounters Kik. 2500 Läden gibt es schon, 3000 sollen es künftig werden – der Profit ist offenbar verlockend. Hohe Umsätze, von denen auch die Arbeitnehmer profitieren könnten – doch offenbar ist das Gegenteil der Fall. Martina K., gelernte Einzelhandelskauffrau, arbeitet seit mehreren Jahren als Aushilfskraft bei Kik, ihr Stundenlohn: 5,20 Euro. Damit ist sie sogar eine der "Mehrverdienerinnen", einige Kolleginnen bekommen nur um die 4,50 Euro. Auch Lohnfortzahlung bei Krankheit oder bezahlten Urlaub hat Martina K. nie erhalten. Denn um expandieren zu können, spart der Billiganbieter bei der Belegschaft. Das deutsche Arbeitsrecht wird dabei häufig ignoriert. Panorama über Lohndumping als Wettbewerbsprinzip."
   Quelle: Das Erste
3. **Interview mit Gerd Bosbach**
   Die demographische Entwicklung bietet keinen Anlass für Dramatik. Die Probleme liegen woanders: Politiker benutzen Statistiken wie Betrunkene Laternenpfähle, nämlich nicht um eine Sache zu beleuchten, sondern um sich daran festzuhalten.
   Quelle: DLF-Interview

Kommentar: *Exzellent – unbedingt anhören!*

4. **Handschellen für die Bundesanwälte**
   Der Bundesgerichtshof pfeift Monika Harms zurück: Militante Planungen bedrohen nicht den Staat. Die Razzien vor dem G8-Gipfel waren deshalb rechtswidrig.
   Quelle: ZEIT
5. **Schwerer Weg nach oben**
   Das Elternhaus entscheidet über den Bildungserfolg – unabhängig von der Schulform. Die Erhöhung der Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit, die Stärkung der Integration in einem Gemeinwesen sind wichtige sozialpolitische Ziele. Dazu die Möglichkeiten des Bildungswesens auszuschöpfen ist jede Anstrengung wert. Das notwendige Instrumentarium muss aber umfassender sein, als lediglich die Bildungsgänge in der Sekundarstufe I zu integrieren. Eine gezielte Frühförderung und Unterstützung, etwa durch Ganztagsschulen, könnten sich als bedeutsam erweisen. – Die hier vorgestellte, noch unveröffentlichte Studie zur Wirksamkeit von Gesamtschulen birgt Sprengstoff für die Debatte um das richtige Schulsystem – und die Möglichkeit der Schulen, zur sozialen Gerechtigkeit beizutragen. Der kürzlich emeritierte Pädagogikprofessor Fend, der in Konstanz und Zürich lehrte, hat bereits in den siebziger Jahren in Hessen die größte Studie zur Wirksamkeit dieser Schulform durchgeführt.
   Quelle: ZEIT
6. **Selbsthilfe-Organisationen: Am Tropf der Pharmaindustrie**
   Nicht immer sind Patienten-Selbsthilfegruppen unabhängig. Einige Organisationen sind nicht nur von den finanziellen Zuwendungen der Pharmaindustrie abhängig.
   Quelle: TAZ
7. **Ende der Atom-Subventionen gefordert**
   Steuerfreie Atom-Rückstellungen will SPD-Energieexperte Scheer beenden. Damit stellt er sich gegen den Atomkonsens: Den hätten die Konzerne ohnehin längst gebrochen. Die Erträge aus den 30 Milliarden Euro, die die Energiekonzerne für den Rückbau und die Entsorgung stillgelegter Atomkraftwerke vorhalten müssen, sind bisher steuerfrei. Diese "Subvention" dürfe nicht länger hingenommen werden, sagte Scheer. Zudem stünden diese Gelder in den meisten Fällen überhaupt nicht zur Verfügung, weil die Konzerne sie zweckentfremdet haben – etwa durch den Zukauf kleinerer Energieproduzenten. In diesem Konzentrationsprozess sieht Scheer auch einen der wesentlichen Gründe für die "überdimensionierten Preissteigerungen" der letzten Zeit. Und der "operative Vorteil", den die Konzerne dadurch hätten, dass sie beliebige Investitionen aus steuerfreien Atom-Rückstellungen tätigen dürfen, sei mitverantwortlich dafür, dass die Konzerne unbedingt am Betrieb von

Atomkraftwerken festhalten.
Quelle: TAZ